



seit 1558

**öffentliches
Verlaufsprotokoll der
Studierendenratssitzung
am 06.03.2012**

Studierendenrat

Vorstand

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

**Christopher Johne
Felix Quittek
Johannes Struzek**

Telefon: 0 36 41 · 93 09 98
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

- anwesende MdStuRa:** Kai Bekos, Alexander Goebel, Peter Held, Christopher Johne, Marcus Müller, Daniel Münch, Felix Quittek, Anika Rehe, Konstantin Reißmann, Cindy Salzwedel, Johannes Struzek, Carola Wlodarski-Şimşek
- entschuldigt:** Clemens Beck, Stephanie Borck, Madlen Schwarzenberger, Anna Selle, Sebastian Walter, Kerstin Zimmermann
- ruhendes Mandat:** Amina Arabi, Rafael De Cia, Jakob Horn, Jonas Johne, Jan Stübner, Alexander Ziehe
- unentschuldigt:** Lisa Karstädt, Richard Melzer, Sven Peter, Lena Aylin Pooyeh, Julius Rohn, Benjamin Rößner, Julian Volk
- beratende Mitglieder:** Marcel Eilenstein, Marcel Helwig, Janine Hofmann, Mike Niederstraßer, Diana Peuker, Christina Wendt
- Gäste:** Ferdinand Drünert, Johanna Elter, Christoph Feetz, Tobias Krone, Sven Mörsdorf, Hauke Rehr, Martin Reifarth, Annie Srowig
- Sitzungsleitung:** Daniel Münch, Felix Quittek
- Protokollantin:** Frances Karlen

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18.12 Uhr.

TOP 1 Wahl: Prüfungsberatung (Vorstand)

Christopher Johne:

Er erklärt, dass es ursprünglich drei Bewerbungen gab. Davon wurde eine zurückgezogen. Heute kann von zwei Kandidaten nur einer da sein, denn der andere ist krank. Die Frage ist nun, ob die Wahl dennoch durchgeführt werden soll.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie fragt, ob man den kranken Bewerber telefonisch interviewen kann.

Johannes Struzek:

Er geht die Nummer des Bewerbers holen.

Daniel Münch:

Er schlägt vor in der Zwischenzeit TOP 3 vorzuziehen.

Felix Quittek:

Er schlägt vor Fragen zu sammeln, um dass telefonische Interview strukturiert durchführen zu können.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie will wissen, was den Bewerber dazu qualifiziert, die Stelle der Prüfungsberatung zu übernehmen. Dazu steht nichts in seinen Unterlagen.

Mike Niederstraßer:

Er möchte die Frage stellen, wo der Bewerber den Unterschied zwischen einer serviceorientierten und einer

Beratungsstelle in einer politischen Interessenvertretung sieht und sich selbst einordnet. Außerdem möchte er, dass erfragt wird, welche zeitlichen Kapazitäten der Bewerber zur Verfügung hat und für welche Dauer er die Stelle voraussichtlich übernehmen will.

Cindy Salzwedel:

Sie will fragen, ob und welche früheren Beratungsaufgaben er bereits wahrgenommen hat.

Johannes Struzek:

Er möchte, dass erfragt wird, ob der Bewerber aktuell noch anderen Tätigkeiten nachgeht.

Mike Niederstraßer:

Er möchte, dass erfragt wird, ob der Bewerber durch eine mögliche aktuelle Tätigkeit an der Hochschule in einen Interessenskonflikt mit der Beratungsstelle geraten kann. Es soll ermittelt werden, ob es Umstände gibt, die die Unabhängigkeit der Beratung beeinträchtigen könnten. Es soll weiter gefragt werden, wie sich der Bewerber seine Beratungstätigkeit selbst vorstellt.

Cindy Salzwedel:

Sie möchte wissen, ob im Ausschreibungstext auch Frauen angesprochen wurden. Ihr ist aufgefallen, dass nahezu alle bezahlten Stellen im StuRa von Männern besetzt sind.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass die Ausschreibung gegendert war.

Cindy Salzwedel:

Sie möchte zu Protokoll geben, dass sie es bedenklich findet, dass es fast nur Männer in bezahlten Positionen im StuRa gibt. Sie möchte, dass in der Zukunft Frauen explizit angesprochen werden.

Mike Niederstraßer:

Er möchte die Frage aufwerfen, ob eine Probezeit in den Arbeitsvertrag aufgenommen werden soll. Er würde diese Maßnahme befürworten.

Felix Quittek:

Er führt das Telefonat mit dem Wadim Höfner anhand der gesammelten Fragen. Er berichtet im Anschluss, welche Antwort der Bewerber auf die jeweilige Frage gegeben hat.

Als erstes fragt Felix Quittek, wodurch sich Wadim Höfner für diese Stelle qualifiziert sieht.

Antwort: Tutor und HiWi und kennt sich mit Uni und Lehramt gut aus. Explizite Erfahrungen hat er nicht.

Danach fragte Felix Quittek Wadim Höfner, welche eigenen Erwartungen er an das Stellenprofil hat. Sieht er die Stelle mehr als ein Serviceangebot oder als Interessenvertretung.

Antwort: Er meint, dass man da nicht trennen kann, er will sich nicht eindeutig positionieren.

Felix Quittek fragt nach dem Zeitbudget Wadim Höfners und danach wie lange er sie Stelle übernehmen könnte.

Antwort: Er ist das sehr offen und bringt genügend Zeit mit. Er studiert noch einige Jahre.

Felix Quittek fragt nach, ob Wadim Höfner Erfahrungen mit Beratungstätigkeiten hat.

Antwort: Verneint.

Felix Quittek fragt nach aktuelle Tätigkeiten und Vorerfahrungen.

Antwort: Er ist Lehramtsstudent und kennt sich mit dem System aus aus. Außerdem ist er Trainer beim Hochschulsport.

Felix Quittek fragt Wadim Höfner, ob er eine Anstellung an der Universität inne hat und daraus ein Interessenskonflikt resultieren kann.

Antwort: Nein, er ist beim Hochschulsport tätig.

Felix Quittek erfragt, ob Wadim Höfner schon Kontakt zu Hochschul- und Verwaltungsrecht hatte.

Antwort: Verneint.

Felix Quittek fragt welchen politischen Anspruch Wadim Höfner in Hinblick auf die Stelle hat.

Antwort: Ihm geht es eher um die konkrete Person. Sein Anspruch ist es, dass die Person nicht als Nummer gesehen wird.

Die Befragung ist beendet. Als nächstes stellt sich Marcel Helwig vor.

Marcel Helwig:

Er stellt sich vor. Er studiert Lehramt und ist schon lange im StuRa tätig und hatte dort unterschiedliche Posten inne. Auch in Universitätsgremien war er Mitglied. Er hat die Einführung des neuen Lehramtsmodel begleitet. Aber

er kennt sich nicht nur in den Lehramtsstudiengängen aus. Ihm sind viele Probleme bekannt. Er hat mit dem aktuellen Prüfungsberater zusammengearbeitet und Fälle bearbeitet. Sie haben damit viele Erfolge erzielt. Er denkt, dass man das auch zukünftig leisten kann. Er hat ein Interesse aus Selbstbetroffenheit. Er kann aber auch gut mit Menschen umgehen und kann auf individuelle Bedürfnisse eingehen.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt nach dem Zeitbudget, das er zur Verfügung hat. Er hat ja weitere Verpflichtungen.

Marcel Helwig:

Er denkt, dass er bereits jetzt viel an Beratung übernimmt, allerdings unbezahlt. Das wird jetzt einfach in die bezahlte Tätigkeit übergehen. Außerdem läuft seine Beratungsstelle, welche er an der Uni inne hatte, aus. Im Studium hat er wenig zu tun, denn er braucht nur noch einige Hausarbeiten abgeben. Außerdem möchte er von einigen ehrenamtlichen Pflichten zurücktreten. Einmal aus einem Interessenskonflikt heraus und zum anderen weil er seine zeitlichen Ressourcen etwas ausweiten will. Seine Position im Hochschulrat möchte er auch abgeben.

Mike Niederstraßer:

Er fragt, wie er die Stelle ausgerichtet sieht. Ist es aus seiner Sicht eher eine politische Interessenvertretung oder ein Serviceangebot.

Marcel Helwig:

Er sieht in der Position mehr eine Servicestelle als eine Interessenvertretung. Wenn aber viele Studierende die gleichen Probleme haben, dann wird sich sein Vorgehen stärker auf Interessenvertretung verschieben und dann muss mit den entsprechenden Stellen über eine Neureglung gesprochen werden. Es handelt sich also um eine Füllfunktion für die Interessenvertretung. Am Anfang wird er wohl mit Mike Niederstraßer mitlaufen damit er sich einarbeiten kann. Er hat bisher nur ein Grund-Know-How. Aber er baut die notwendigen Kompetenzen auf und er wird sich so einarbeiten, dass man sich gegenseitig unterstützt.

Mike Niederstraßer:

Er fragt, wie er zu einer Probezeit steht.

Marcel Helwig:

Er sieht das als Selbstverständlichkeit.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt, ob Marcel Helwig in Erwägung zieht vom Gleichstellungsreferat zurücktreten.

Marcel Helwig:

Bejaht, unter der Bedingung das es eine Person gibt, die seine Aufgaben übernimmt.

Daniel Münch wünscht eine Generaldebatte, dazu wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Nach Beendigung der Generaldebatte wird die Öffentlichkeit wiederhergestellt.

Mike Niederstraßer:

Er findet eine Probezeit sehr sinnvoll und möchte diese auf ein Jahr festsetzen.

Johannes Struzek:

Er findet ein Jahr ziemlich lang und möchte eine Probezeit von einem halben Jahr vorschlagen. Für die Probezeit muss klar definiert werden, welche Aufgaben für das Gremium und Vorstand bestehen.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt nach, ob es auch einen Passus über regelmäßige Berichte und über die Dokumentation der Entwicklung der Beratungsfälle geben wird.

Johannes Struzek:

Bejaht.

Daniel Münch:

Er meint, dass die Prüfungsberatungsstelle formal vom Innenreferat betreut wird und dann kann die Referatsleitung darauf achten, dass im Bedarfsfall auch häufiger berichtet wird

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass sich die Anfragen während und nach der Prüfungszeit häufen. Deshalb findet er einen Bericht pro Jahr sinnvoll, denn die Prüfungen sind zyklisch und die Bearbeitung von Widersprüchen kann bis zu einem halben Jahr dauern. Der neue Vertrag soll an den bestehenden Vertrag angepasst werden.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, welche Kompetenzen dem Vorstand als Arbeitgeber übertragen werden. Während der Probezeit des HHV zum Beispiel kann der Vorstand das Arbeitsverhältnis für ruhend erklären. Das Gremium muss dann über eine mögliche Kündigung entscheiden. Es geht ihm um einen Kontrollmechanismus.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass der Arbeitsvertrag unbefristet ist und dafür ein Jahr Probezeit vorgesehen ist. Das Gremium hat die Entscheidungshoheit, Vorstandsvorbehalt findet er nicht notwendig. Eine solche Regelung gibt es bei den anderen Verträgen auch nicht.

Abstimmung über 1 Jahr Probezeit: 10 / 0 / 2 – angenommen

Die Wahlkommission besteht aus Janine Hofmann, Kai Bekos und Tobias Krone.

Wahl:

Marcel Helwig erhält 11 Stimmen und ist damit gewählt.

Wadim Höfner erhält 1 Stimme und ist damit nicht gewählt.

Marcel Helwig nimmt die Wahl an

TOP 2 Wahl: Wahlvorstand (Vorstand)

Christopher Johne:

Er erklärt, dass es fünf Bewerbungen auf die fünf Stellen gibt. Stefan Holland-Moritz und Enrico Schurmann können nicht an der Sitzung teilnehmen, von David Schinkel gab es keine Rückmeldung. Johanna Elter und Christoph Feetz sind anwesend. Er möchte, dass über alle KandidatInnen gesamt abgestimmt wird. Eine Wahl in Abwesenheit der BewerberInnen ist unproblematisch.

Johanna Elter wird befragt.

Johanna Elter:

Sie ist im zweiten Semester und hat sich in Nürnberg bereits politisch engagiert. Sie möchte sich nun hochschulpolitisch engagieren und möchte sich daher jetzt für eine der Positionen im Wahlvorstand bewerben.

Cindy Salzwedel:

Sie will wissen, ob Johanna Elter eine Vorstellung von den Aufgaben des Wahlvorstandes hat und ob sie ihre Mitbewerber kennt.

Johanna Elter:

Sie erklärt, dass sie ihre Mitbewerber nicht kennt. Dafür ist sie durch ihre früheren Tätigkeiten mit der Organisation von Wahlen und mit Wahlordnungen vertraut.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, ob sich Johanna Elter bereits bei Kommunalwahlen eingebracht hat.

Johanna Elter:

Verneint.

Christopher Johne:

Er fragt, über welche zeitliche Kapazitäten sie verfügt.

Johanna Elter:

Sie denkt, dass sie genug Zeit hat, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie möchte wissen, ob sich Johanna Elter die Wahlordnung des StuRa bereits einmal angeschaut hat.

Johanna Elter:

Bejaht.

Johannes Struzek:

Er fragt, wie sie zum Thema Online-Wahlen steht.

Johanna Elter:

Er erklärt, dass sie sich mit der Thematik nicht so gut auskennt. Sie ist eine Freundin der Briefwahl.

Die Befragung ist beendet. Christoph Feetz wird nun befragt.

Christoph Feetz:

Er studiert im fünften Semester und ist 23 Jahre alt. Die relevanten Angaben zu seiner Person und Qualifikation stehen in den Unterlagen.

Johannes Struzek:

Er möchte wissen, ob er sich bereits bei Kommunalwahlen eingebracht hat.

Christoph Feetz:

Bejaht.

Christopher Johne:

Er fragt nach den vorhandenen zeitlichen Kapazitäten, die der Bewerber im kommenden Semester hat.

Christoph Feetz:

Er meint, dass er genügend Zeit hat, um die Aufgabe zu erfüllen.

Daniel Münch:

Er fragt, wie der Bewerber zu Online-Wahlen steht. Die Uni will diese bereits in diesem Semester durchführen, der StuRa will weiterhin beim Briefwahlverfahren bleiben.

Christoph Feetz:

Er erklärt, dass er der Online-Wahlen kritisch gegenübersteht. Besonders die Frage nach der Möglichkeit der Zuordnung der abgegeben Stimmen ist nicht eindeutig.

Es wird eine Wahlkommission gebildet, diese besteht aus: Marcel Helwig, Janine Hofmann, Tobias Krone.

Wahl:

Johanna Elter:	9 Stimmen
Christoph Feetz:	10 Stimmen
Stefan Holland-Moritz:	9 Stimmen
David Schinkel:	10 Stimmen
Enrico Schurmann:	9 Stimmen

Die Anwesenden nehmen die Wahl an.

TOP 3 Aufhebung Vorstandsbeschluss: M-004-2012 Bildungsveranstaltung „Alternative und antifaschistische Strukturen in der Balkan-Region“ (Carola Wlodarski-Şimşek / Referat gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass in einer Vorstandssitzung eine Mittelfreigabe besprochen und schließlich abgelehnt wurde. Die Gründe, den Antrag abzulehnen, sind ihrer Meinung nach nicht schlüssig. Die Veranstaltung wurde von einem Referat mit beschlossen, daher ist es egal, ob die OrganisatorInnen zum StuRa gehören oder nicht. Sie denkt, dass es für ein Referat möglich sein muss, dass sie Teile der Organisation auslagern. Auch ist der Hauptzweck des Spendensammelns, der vom Vorstand vermutet wurde, ist nicht gegeben. Das Nichteinhalten der Antragsfrist stimmt auch nicht. Die Zwischenrufe des Vorstands zeigen, dass das Protokoll ziemlich fehlerbehaftet ist, zeigen, dass der Vorstand nicht gründlich gearbeitet hat. Daher wäre es sehr schlecht, dass man den Antrag aufgrund von angeblich formalen Fehler ablehnt. Dass der GO-Antrag zur Anhörung der Antragssteller auf der Vorstandssitzung nicht angenommen wurde, findet sie nicht gut.

Daniel Münch:

Er erklärt das Verfahren zu diesem TOP. So muss erst der Vorstandsbeschluss aufgehoben und dann der Antrag angenommen werden, wenn sich Gremium zu eine Förderung entschließt.

Christopher Johne:

Er entschuldigt sich für die Fehler im Protokoll. Er betrachtet die Veranstaltung als extern, da der Antragstext darauf hinweist. In seinen Augen ist es so, dass Veranstaltungen eines Referates vom Referat ausgehen müssen und nicht so, dass eine Gruppe auf das Referat zugeht und Vorschläge zu Projekten unterbreitet. Aus dieser Perspektive ist der Antrag als Finanzantrag zu behandeln und dann wurde die Frist nicht eingehalten. Das es keine weitere Rücksprache gab liegt daran, dass er eine Rücksprache für unnötig hielt.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie erklärt, dass die Antragssteller keine externen Personen sind, denn sie haben durchaus Anschluss ans Referat. Sie meint, dass es einem Referat möglich sein muss, sich von außen inspirieren zu lassen. Wenn ein Referat Ideen aufgreift, dann ist es dennoch eine Referatsveranstaltung. Die Referatsstrukturen sind sehr offen

und Personen können auch projektbezogen mitarbeiten. Das ist als positiv zu werten, denn es beweist, dass sich die Studierenden einbringen und Möglichkeiten suchen, ihre Ideen umzusetzen. Die Antragsfrist betrachtet sie als hinfällig, da es sich um eine Mittelfreigabe handelt.

Mike Niederstraßer:

Er ist der Auffassung, dass die OrganisatorInnen Personen aus vielen Städten sind und ein Referat durchaus feststellen kann, dass man ein solche Gruppen in seine Referatsstrukturen integrieren will. Man kann es den ReferentInnen überlassen, ob sie eine solche Veranstaltung mit betreuen und als eigene Veranstaltung durchführen. Wenn das Referat eine solche Entscheidung trifft, kann man eine Mittelfreigabe annehmen. Das Gremium kann nur beschließen, dass das Referat die Veranstaltung aus zu benennenden Gründen nicht durchführen darf. Das ist keine Vorstandsentscheidung. Hier ist jetzt die Frage, ob das Gremium dieses Projekt fördern will oder nicht.

Marcel Eilenstein:

Er fand Mike Niederstraßers Beitrag gut. Die Fachreferate haben die Fachkompetenz und eben nicht der Vorstand. Er als Fachreferent hat eine Vorprüfung des entsprechenden Antrages vorgenommen und ihn als förderungswürdig empfunden. Der Vorstand hat seine Kompetenzen überschritten und sich ein konkretes Fehlverhalten zu Schulden kommen lassen, als der GO-Antrag auf Rücksprache mit den AntragstellerInnen abgelehnt wurde.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie möchte darauf hinweisen, dass es sich um eine interessante Veranstaltung handelt. Es wurde dort eine tolle und seltene Perspektive eingenommen. Es geht um ein reales und aktuelles Problem. Sie denkt daher, dass der Antrag förderungswürdig ist.

Johannes Struzek:

Er argumentiert, dass es sich bei VeranstalterInnen um eine kleine Gruppe von Studierenden, die aber eben nicht nur aus Jena kommen, handelt. Daher schätzt er es nicht so ein, dass es sich um eine interne Veranstaltung handelt. Daher handelt es sich in diesem Fall auch um einen Finanzantrag, diese haben Fristen und das kann man nicht einfach umgehen. Die Zeiten müssen eingehalten werden. Er glaubt auch nicht, dass Referate externe Gruppen unterstützen können. Das gibt die Finanzordnung nicht her und man muss sich an die eigenen Regeln halten. Ebenfalls wird für ihn deutlich, dass auf der Veranstaltung Spenden gesammelt wurden. Das ist durch das Gesetz ausgeschlossen. Eine von einem Referenten positiv bewertete Veranstaltung kann gesetzliche Vorgaben überschreiten und dann kann und muss der Vorstand intervenieren. Die Veranstaltung geht über die Kompetenzen des StuRa hinaus. Er meint, dass das Gremium den Vorstandsbeschluss zwar jetzt aufheben kann, aber er steht zu seiner Position.

Marcel Eilenstein:

Er erklärt, dass als Referent mitten in seiner Prüfungsphase gewesen ist. Deshalb hat ein anderes Mitglied seines Referats die Finanzmittel beantragt. Dabei kamen unglückliche Formulierungen zustande, welche aber nicht Grundlage dafür seien sollten, eine gute Veranstaltung nicht zu fördern.

Felix Quittek:

Er stellt einen **GO-Antrag auf sofortige Abstimmung** und möchte sich dafür aussprechen, dass die Veranstaltung gefördert wird. Damit könnte ein Zeichen gesetzt werden, dass Referate frei arbeiten können und das Gremium seinen Referenten bei der Auswahl von Veranstaltungen vertraut.

Johannes Struzek:

Er formuliert eine inhaltliche **Gegenrede**: Er ist der Auffassung, dass es noch offene Fragen gibt.

Felix Quittek:

Er zieht seinen Antrag zurück.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie stellen **GO-Antrag auf sofortige Abstimmung**.

Johannes Struzek:

Er formuliert eine inhaltliche **Gegenrede**: Er stellt einen **weitergehenden GO-Antrag auf Vertagung** des TOP.

Es entsteht eine diffuse Diskussion über die Auslegung zur Geschäftsordnung.

Daniel Münch:

Er schlägt vor, erst über Johannes Struzeks GO-Antrag und dann über den von Carola Wlodarski-Şimşek abzustimmen.

Abstimmung GO-Antrag auf Vertagung: 4 / 6 / 0 – abgelehnt
Abstimmung GO-Antrag auf sofortige Abstimmung: 6 / 2 / 2 – angenommen

**Abstimmung über Aufhebung des Vorstandsbeschluss und Bewilligung der Mittelfreigabe über 250 EUR:
4 / 4 / 2 – abgelehnt**

TOP 4 Berichte

Cindy Salzwedel:

Sie berichtet, dass am 25.02. die Vorstellungsveranstaltung zum BdWi-Studienheft stattfand. Sie war als Vertreterin des StuRa anwesend und konnte ein Grußwort halten. Außerdem konnte sie Gisela Notz als Referentin für eine Veranstaltung hier in Jena gewinnen. Weiter berichtet sie, dass am 01.03. eine Anhörung zum Nahverkehrsplan bei den Grünen stattfand. Es wurde darüber gesprochen, was optimiert werden muss. Die OrtsteilbürgermeisterInnen haben ihre Wünsche eingebracht, ebenso wie die VertreterInnen der Studierendenschaft. Sie hoffen, dass die Punkte jetzt umgesetzt werden. Von städtischer Seite findet am 29.03. die Sitzung einer offenen BürgerInnenplanungsgruppe statt. Der Vorstand hat seine Teilnahme bereits angekündigt.

Marcel Helwig:

Er weist darauf hin, dass die Ergebnisse dieser Besprechung in der TLZ zusammengefasst worden sind.

Cindy Salzwedel:

Sie berichtet, dass das Gleichstellungsreferat am 08.03. eine Veranstaltung zum Frauentag durchführt. Am gleichen Tag findet um 17.00 Uhr eine Beratung zur Ernst-Abbe-Platz-Bebauung im Stadtentwicklungsausschuss statt. Zu dieser Beratung werden auch StuRa-Angehörige kommen. Am 09.03. um 12.30 Uhr gibt es eine Besprechung über die Zukunft des Soziokulturellen Zentrum. Diese ist im Inselplatz 9a angesiedelt, welcher jetzt bebaut werden soll. Dadurch kommt es zu einer Gefährdung des Gebäudes, in dem das Zentrum sitzt.

Johannes Struzek:

Er berichtet, dass die regelmäßigen Bürozeiten wegen Urlaubs der Geschäftsleitung derzeit ausfallen.

Christopher Johne:

Er möchte bekanntgeben, dass das Mandat von Jonas Johne seit heute wieder ruht. Außerdem findet die ordentliche Vorstandssitzung diese Woche am Donnerstag um 18.00 Uhr statt.

Mike Niederstraßer:

Er berichtet, dass wir uns für unsere Verhandlung vor dem OVG um einen Anwalt aus einem Parallelverfahren bemüht haben. Der Anwalt sollte mit der GEW gemeinsam finanziert werden, diese hat sich aber anders entschieden. Daher wird das Verfahren durch den DGB-Rechtsschutz vertreten. Der StuRa hat also keine weiteren Kosten für das Verfahren zu tragen.

Carola Wlodarski-Şimşek:

Sie möchte die Begründung der GEW erfragen.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass die GEW der Auffassung ist, dass das Verfahren ausreichend betreut ist und sie daher keine Notwendigkeit für einen weiteren Anwalt sieht.

Mike Niederstraßer:

Er berichtet, dass es heute eine weitere Besprechung zum Semesterticket unter Leitung des Oberbürgermeisters gab. Es war eine Verhandlungsrunde, zu der verschiedene politische AmtsinhaberInnen und VertreterInnen der JNVG anwesend waren. Die Standpunkte wurden vertieft und weitere Fragen, wie die Anbindung der Tarifzone 30 und der städtische Anteil am Semesterticket wurden besprochen. Für die studentischen VertreterInnen sind die Fragen nach einer Urabstimmung zur Vertragsannahme und ein akzeptabler Preis für das Semesterticket entscheidend. Der OB hatte einen Kompromissvorschlag unterbreitet, welcher vorsieht, dass sich die Verhandlungspartner in der Mitte ihrer Preisvorstellungen treffen. Dies würde einen Preis von ca. 66 EUR bedeuten, welcher aber für uns nicht zustimmungsfähig ist. Die JNVG selbst ist der Überzeugung, dass ihnen, bei einem Wegfall des Semestertickets, keine Einnahmen entgehen, denn die Ersatzkäufe würden die Kosten decken. Von Seiten der Studierenden wurde darauf hingewiesen, dass ein Wegfall des Tickets in Hinblick auf Ökologie und die Tatsache, dass Jena ein Studienstandort ist, sehr problematisch wäre und die politische Dimension einer solchen Haltung bedacht werden muss. Nach Einschätzung der studentischen VertreterInnen handelt es sich von Seiten der JNVG um eine reine Gewinnsteigerungsmaßnahme. Die Nutzungsquote ist dabei irrelevant. Kostensteigerung durch Inflation und steigende Ausgaben werden durch die Kopplung an das SchülerInnenmonatsticket abgedeckt. Ein massiver Kritikpunkt muss auch darin gesehen werden, dass kein zuverlässiges Erhebungsverfahren für die Datengeneration verwandt wurde. Es gibt also noch einen großen Verhandlungsspielraum. Bisher bietet die Stadt an, 2 EUR pro Studierendem zu übernehmen. Somit läge der preisliche Anstieg für das Semesterticket im Rahmen des bisherigen Kompromissvorschlag immer noch bei 8 Euro, wofür eine Urabstimmung nötig wäre. Für die weiteren Verhandlungen sollte man sich überlegen, ob man weitere Gelder unter anderem von der Stadt einfordern kann. So könnte eine Streichung der Erstwohnsitzkampagne erwogen und das Ummünzen der Gelder für das Semesterticket besprochen werden. Die

nächste Verhandlungsrunde wird am kommenden Dienstag um 16.00 Uhr stattfinden. Um die Position der Studierenden bestmöglich vertreten zu können, bittet er die Anwesenden um ihre Meinung.

Cindy Salzwedel:

Sie bittet Mike Niederstraßer darum, nochmals zu erklären, wie der Kompromissbetrag zustande kam.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass der OB den Kompromissbetrag als Mittelwert zwischen unsere und die Vorstellung der JNVG eingebracht hat. Diese willkürliche Preissetzung zeigt, dass wir hier über eine politische Dimension sprechen und nicht über betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten.

Felix Quittek:

Er schlägt vor, ein Meinungsbild einzuholen, um einen Eindruck zu gewinnen, welche Preiserhöhung der StuRa auch ohne Urabstimmung annehmen würde. Er persönlich ist dafür, dass der jetzigen Preis bestehen bleibt.

Cindy Salzwedel:

Sie fragt, ob es schon eine Einigung über die Tarifzone 30 gibt.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass dahingehend auf den VMT verwiesen, wobei die Verhandlungen dort ausgesetzt sind.

Cindy Salzwedel:

Sie resümiert, dass sich die Kosten auf die 62,30 EUR Kompromisspreis und die noch nicht benannten Kosten im Verbundbereich und dann noch die Kosten für die Bahn belaufen.

Christopher Johne:

Bejaht.

Cindy Salzwedel:

Sie ist der Ansicht, dass damit Summen in einer Höhe zustande kommen, die wir den Studierenden nicht zumuten können.

Anika Rehe:

Sie möchte wissen, ob wir in zwei Jahren dann wieder mit einer solchen Erhöhung rechnen müssen.

Mike Niederstraßer:

Er berichtet, dass es bisher eine Progressionsklausel gab. Er geht davon aus, dass es weitere NutzerInnenzählung geben wird und diese werden dann als Begründung für weitere Preissteigerungen verwendet werden.

Felix Quittek:

Er spricht sich für eine Regelung unabhängig von einer NutzerInnenquote aus.

Cindy Salzwedel:

Sie denkt, dass die eigentliche Preissteigerung, also die tatsächlich gestiegenen Kosten, ja angenommen würden. Nur die erhöhte Quote als Grundlage für eine Preiserhöhung ist abzulehnen. Der neue Mittelpreis zeigt, dass es hier um eine politische Dimension geht und nicht um echte Zahlen. Sie erklärt, dass die Hauptwohnplatzkampagne der Stadt sinnlos ist, denn die Wohnsituation ist so schlecht, dass Studierende keine Wohnung bekommen. Die wenigen Personen, die sich eine Wohnung hier leisten können, bekommen dann noch eine Belohnung oben drauf. Die anderen werden bestraft, dass sie keine 300 EUR zur Verfügung haben. Daher plädiert sie dafür, dass das Geld für alle genutzt wird und zur Co-Finanzierung des Semestertickets genutzt wird.

Mike Niederstraßer:

Er denkt, dass der bestehende Vertrag zum 31.03. gekündigt wird, da es aus Sicht der JNVG keinen Grund gibt diesen aufrecht zu erhalten. Dann wird es aber kein Semesterticket für ein Semester geben, denn die Zeiten im Hinblick auf neue Vertragsverhandlungen und eine Urabstimmung reichen nicht aus. Das Gremium muss sich klar machen, welchen Betrag es akzeptieren würde, um eine solche Situation zu umgehen. Die Gegenseite wird kaum unsere Position übernehmen.

Anika Rehe:

Sie möchte wissen, was der Plan B vorsieht, wenn es kein Semesterticket im Winter gibt.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass es höchstens Notlösungen geben wird und es zu versuchen gilt, in Härtefällen Einzellösungen zu finden. Als Plan C wäre ein Studi-Bus, finanziert durch einen Soli-Fond auf Antragsbasis. Das findet es sich sicherlich. Auch Streik ist eine Option.

Daniel Münch:

Er fragt, warum man keine Urabstimmung unabhängig von der Wahl durchführen kann. Bei der Abstimmung zum Bahnticket hat das auch geklappt.

Mike Niederstraßer:

Er meint, dass eine solche Urabstimmung Mitte April, also in der ersten Vorlesungswoche, stattfinden müsste. Dann ist aber nicht genug Zeit, um die Leute zu informieren und zu mobilisieren. Er bittet noch auf dieser Sitzung zu einer Einschätzung zu kommen, denn die nächste Verhandlungsrunde ist bereits am kommenden Dienstag.

Cindy Salzwedel:

Sie plädiert dafür, eher einen Verhandlungsspielraum zu finden. Sie empfindet die sechs Prozent Erhöhung als einzige begründete Steigerung. Darüber hinaus geht es darum, dass man sich für die Zukunft auf eine Berechnungsgrundlage einigt. Man muss auch an die Zukunft und die zukünftige Verhandlungsbasis denken.

Felix Quittek:

Er fragt nach, ob die NutzerInnenquote nicht durch ein staatlich geprüftes Erhebungsverfahren ermittelt wurde.

Cindy Salzwedel:

Sie erklärt, dass die Untersuchung, die als Begründung herangezogen wurde, eine andere Gruppe untersuchte und die NutzerInnenquote der Studierenden nur als Vergleichszahl mit erhoben wurde.

Johannes Struzek:

Er erklärt, dass im aktuellen Vertrag keine Prozentangaben als Berechnungsgrundlage eingefügt sind. Deshalb ist auch im neuen Vertrag die Berechnung auf Grundlage der NutzerInnenquote abzulehnen, dass verselbstständigt sich sonst. Neuer Vertrag bedarf einer Urabstimmung, zumindest wenn es sich um eine große Erhöhung handelt. Er glaubt, dass es durchaus möglich ist, dass Notfallvarianten für die Zeit, in der es kein Semesterticket gibt, gefunden werden können.

Cindy Salzwedel:

Sie denkt, dass es sich hierbei um einen separaten Beratungspunkt handelt. Man muss sich einigen unter welchen Umständen eine Urabstimmung notwendig wird.

Johannes Struzek:

Er meint, dass auch eine Klausel zur Nutzungsquote per Urabstimmung beschlossen werden müsse. Er möchte diese aber am Liebsten von vorn herein ganz herausgenommen wissen. Man kann versuchen, eine eigene Erhebung machen, um einen Vergleich zu haben.

Felix Quittek:

Er erklärt, dass die JNVG erklärt, dass bei fallender Nutzung auch die Leistungen runtergehen werden. Als Folge könnten zum Beispiel einige Nachtfahrten gestrichen werden. Das müssen wir bedenken.

Cindy Salzwedel:

Sie meint, dass die JNVG viel Unsinn in diesen Verhandlungen von sich gibt. Nachtfahrten können nicht einfach gestrichen werden. Da gibt es andere Gremien, die dem zustimmen müssten und im Zweifelsfall intervenieren. Sie denkt, dass wir nicht ängstlich in die Verhandlungen gehen müssen. Die OB-Wahlen stehen an, deshalb wird es nicht soweit kommen, dass das Ticket wirklich langfristig wegfällt. Wir können eine Erhebung fordern.

Christopher Johne:

Er will einen Betrag von 58 EUR ins Gespräch bringen, denn das wären die vertraglich festgelegten 6 Prozent Erhöhung plus 1 EUR für die übrige Tarifzone 30. Alles andere würde auch vom Studentenwerk nicht akzeptiert werden. Aber die anderen Beförderungsunternehmen ansprechen hält er für unmöglich, denn deren Kapazitäten reichen nicht aus. Er persönlich ist der Überzeugung, dass wir es drauf ankommen lassen und eine Kündigung hinnehmen sollten. Dann kann eine Erhebung über die Nutzung gemacht werden.

Cindy Salzwedel:

Sie möchte als Verhandlungsposition vorschlagen, dass eine Erhöhung mit adäquater Erhebung durchgeführt werden kann. Die Beteiligung der Stadt sollte sich erhöhen, z.B. durch die Streichung der Erstwohnsitzkampagne. Den Preis für die Randgebiete sollte man zwischen 1 und 3 EUR festsetzen. Auch muss man in den Verhandlungen auf den ökologischen und sozialen Anspruch der Stadt immer wieder hinweisen.

Mike Niederstraßer:

Er denkt, dass die Quote nicht so wichtig ist. Es ist nur eine politisch gesetzte Zahl, die nur für die Genehmigung notwendig war. Bisher ist die einfach mal so akzeptiert worden. Aus finanziellen Zugewinngründen wurde die Quote genutzt, um das Label „betriebswirtschaftlich notwendig“ darauf zu kleben. Nutzung und Kosten hängen nicht zusammen, es sind nur Rechenspielchen. Diese politische Willkür ist abzulehnen. Eine Preissteigerungsklausel findet er in Ordnung, um nicht immer neu zu verhandeln. Über ihre eigene Preisgestaltung beim SchülerInnenmonatsticket habe die JNVG schon genug Einfluss auf das Semesterticket. Es geht um die Bereitschaft zu außerplanmäßigen Aufschlägen und dieses Problem muss hier besprochen werden.

Johannes Struzek:

Er möchte sagen, dass die 56,70 EUR aus seiner Sicht ohne neue Leistungen die Höchstgrenze sind. Wenn sich die Leistungen nicht bessern, dann sollte von Seiten der studentischen VertreterInnen eine harte Linie gefahren werden.

Mike Niederstraßer:

Ihm ist es wichtig, dass im neuen Vertrag keine „Strafklausel“ für große Nutzung eingebaut wird.

Felix Quittek:

Er könnte sich vorstellen, dass die Quotenregelung komplett gestrichen wird. Dafür solle eine Regelung vorsehen, dass jeder Studierende das 1,5-fache eines SchülerInnenmonatstickets zahlt. Damit sind Erhöhungen weiterhin an das Ticket gekoppelt.

Mike Niederstraßer:

Er denkt, dass trotz der immens angestiegenen Zahl an Studierenden die Kosten der JNVG gefallen sind. Die Frage ist daher, warum mehr bezahlt werden soll, wo die Ausgaben doch gefallen sind. Er ist dafür, dass auch Leistung durch das Land ins Gespräch gebracht werden.

Meinungsbild:

Annahme des Kompromisspreises:	0 / 11 – abgelehnt
Inkaufnahme der Vertragskündigung:	8 / 2 – befürwortet
Annahme aktueller Betrag plus 6 Prozent Preiserhöhung:	11 / 0 – befürwortet

Peter Held:

Er will wissen, wie lange der Vertrag lief.

Mike Niederstraßer:

Er erklärt, dass der Vertrag seit 1994 besteht.

TOP 5 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 9 von 25 Studierendenratsmitgliedern anwesend, damit ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 **Wahl: Prüfungsberatung** (Vorstand)
- TOP 2 **Wahl: Wahlvorstand** (Vorstand)
- TOP 3 **Aufhebung Vorstandsbeschluss: M-004-2012 Bildungsveranstaltung „Alternative und antifaschistische Strukturen in der Balkan-Region“** (Carola Wlodarski-Şimşek / Referat gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)
- TOP 4 **Berichte**
- TOP 5 **Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- TOP 6 **FA-002-2012: ISHA – Identitäten im Wandel** (Sven Mörsdorf)
- TOP 7 **M-005-2012: Exkursion nach Greifswald** (FSR Chemie / FSR Physik)
- TOP 8 **M-006-2012: Druck Poster „Auf grünen Wegen“** (FSR Chemie / FSR Physik)
- TOP 9 **M-009-2012: Lektorat Akrützel SoSe 2012** (Maria Hoffmann)
- TOP 10 **Diskussion und Beschluss: monatliche Aufwandsentschädigung Musikredaktion**
Campusradio (Tobias Krone)
- TOP 11 **Diskussion und Beschluss: Teilnahme an Konferenz deutscher Studierendenschaften** (Daniel Münch Münch)
- TOP 12 **1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V.** (Carola Wlodarski-Şimşek)
- TOP 13 **Diskussion und Beschluss: Honorarvertrag Sozialberatung** (Vorstand)
- TOP 14 **Sonstiges**

TOP 6 FA-002-2012: ISHA – Identitäten im Wandel (Sven Mörsdorf)

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

TOP 7 M-005-2012: Exkursion nach Greifswald (FSR Chemie / FSR Physik)

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

TOP 8 M-006-2012: Druck Poster „Auf grünen Wegen“ (FSR Chemie / FSR Physik)

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

TOP 9 M-009-2012: Lektorat Akrützel SoSe 2012 (Maria Hoffmann)

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

**TOP 10 Diskussion und Beschluss: monatliche Aufwandsentschädigung Musikredaktion
Campusradio (Tobias Krone)**

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

**TOP 11 Diskussion und Beschluss: Teilnahme an Konferenz deutscher
Studierendenschaften (Daniel Münch)**

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

**TOP 12 1. Lesung: Antrag auf Fördermitgliedschaft im Kunsthof Jena e.V.
(Carola Wlodarski-Şimşek)**

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

TOP 13 Diskussion und Beschluss: Honorarvertrag Sozialberatung (Vorstand)

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

TOP 14 Sonstiges

wegen Beschlussunfähig nicht behandelt

Die Sitzungsleitung schließt die Sitzung um 22.49 Uhr.

Protokollantin

Sitzungsleitung